

Hessentrend mahnt zur Kurskorrektur

agah sieht ihre Warnung zur Stadtbild- und Brandmauer-Debatte bestätigt

Der Landesausländerbeirat Hessen (agah) sieht im aktuellen hr-Hessentrend eine Mahnung an die politische Mitte. Die bisherigen Diskursschwerpunkte stärken den rechten Rand. Die CDU fällt auf 25 Prozent – sieben Prozentpunkte weniger als im Februar. Die AfD steigt auf 23 Prozent. Aus Sicht der agah geben diese Zahlen Anlass, die bisherige politische Strategie zu überdenken.

Die agah hatte bereits Ende September davor gewarnt, die sogenannte Stadtbild- und Brandmauer-Debatte erneut aufzugreifen. Eine Debatte, die Zuwanderung pauschal mit gesellschaftlichen Problemen verknüpfe, liefere keine überzeugenden Antworten auf die Alltagssorgen der Menschen und stärke die Deutungsmuster der AfD.

Enis Gülegen, Vorsitzender der agah, erklärt: „Die Wiederaufnahme der Stadtbild- und Brandmauer-Debatte führt aus unserer Sicht nicht dazu, dass sich mehr Menschen von demokratischer Politik verstanden fühlen. Sie verschiebt vielmehr die Debatte zugunsten der AfD. Diese Befürchtung hatten wir früh geäußert und sehen sie durch den aktuellen Hessentrend leider bestätigt.“

Auch die schwachen Umfragewerte der Union im Bund sollten nach Auffassung der agah Anlass sein, diesen politischen Stil kritisch zu überprüfen. Die Verluste der CDU in Hessen wertet sie als weiteren Rückschlag für die Hoffnung, durch das Aufgreifen solcher Debatten Vertrauen zurückzugewinnen.

„Diese Zahlen sollten für die politische Mitte eine Mahnung sein, denn die bisherigen Debattenanstöße spielen eher den Rechtspopulisten in die Hände. Menschen fühlen sich ernst genommen, wenn Politik ihre konkreten Sorgen aufgreift und nachvollziehbare Lösungen entwickelt. Dazu gehören gute Bildung, bezahlbarer Wohnraum und verlässliche öffentliche Angebote. Pauschale Zuschreibungen nach Herkunft helfen dabei nicht weiter“, so Gülegen.

Die agah erwartet von der Landesregierung eine sachliche Auseinandersetzung mit den Problemen in Hessen und ein klares Bekenntnis zur Zugehörigkeit von Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Gesellschaftlicher Zusammenhalt und ein konsequenter Einsatz gegen Diskriminierung seien eine Voraussetzung dafür, dauerhaft Vertrauen in demokratische Politik zu stärken.